

colpito in modo grave i pescatori professionisti nella loro attività accessoria ed è stata risarcita giusto il decreto federale concernente l'indennizzo delle persone danneggiate dalla catastrofe di Tschernobyl, del 18 dicembre 1987.

Va infine segnalato che nel rapporto della Commissione federale per il controllo della radioattività sono riferiti in modo esauriente e particolareggiato tutti i dati scientifici con la relativa interpretazione. Questo rapporto sarà presentato al Consiglio federale nel corso dell'autunno 1988 e sarà in seguito pubblicato.

Contemporaneamente, oltre al rapporto particolareggiato, sarà pubblicato un testo facilmente comprensibile destinato ai non esperti in materia.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

88.324

Interpellation Graf

Ersatzpflicht für Dienstversäumer

Taxe militaire pour service manqué

Wortlaut der Interpellation vom 2. März 1988

Infolge von Ueberbeständen in den Sommer-Rekrutenschulen müssen viele angehende Rekruten ihre Rekrutenschule auf das 21. Altersjahr verschieben, obwohl sie an sich bereit wären, diese ordnungsgemäss im 20. Altersjahr zu leisten. Der Wehrpflichtige, der seine im 20. Altersjahr verschobene Rekrutenschule im 21. Altersjahr nachholt – und womöglich ein Jahr später noch während 145 Tagen die Unteroffizierschule und das Abverdienen des Korporal-Grades zu bestehen hat –, sieht sich kurz nach Beendigung dieser Dienstleistungen mit einer Veranlagungsverfügung für den «versäumten» Wiederholungskurs konfrontiert. Diese Regelung löst zunehmend Unverständnis aus und führt zu Härtefällen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es notwendig und zeitgerecht ist, diese Dienstversäumer in der heutigen Form zur Ersatzpflicht heranzuziehen. Rechtfertigt sich der enorme Administrativaufwand zur Erfassung, zur Veranlagung, für den Bezug und für die Rückerstattung bei Diensthochholung, oder könnte dafür nicht auch eine einfachere Lösung gefunden werden?

Derart versäumter Dienst könnte ebensogut erst beim Uebertritt in eine neue Heeresklasse respektive bei der Entlassung aus der Armee oder einer allfälligen Nichteinteilungsverfügung (Dienstuntauglichkeit) zur Ersatzpflicht führen. Der Ersatzbehörde wären somit nur noch jene Angehörigen der Armee, welche ihre Dienstleistungspflicht in der entsprechenden Heeresklasse nicht vollumfänglich erfüllt haben, zu melden. Dadurch könnte der Verwaltungsaufwand für die Behandlung der Dienstversäumer erheblich reduziert werden. Bei diesem Modell wäre für die Veranlagung nicht mehr zwingend die heute angewendete Einkommensgrundlage heranzuziehen. Es wären auch andere Berechnungsmodelle (z. B. Pauschale) denkbar.

Die Vorteile des neuen Modells garantieren eine praktikable, unkomplizierte, effiziente und auch für den Dienst- bzw. Ersatzpflichtigen befriedigende Lösung. Die Vorteile des neuen Modells dürften dessen Nachteile deshalb klar überwiegen.

In diesem Zusammenhang frage ich den Bundesrat an:

1. Ist der Bundesrat bereit, die Sache zu prüfen und die Vor- und Nachteile sowie die jeweiligen Konsequenzen des heutigen und des vorstehend skizzierten Modells aufzuzeigen?
2. Ist der Bundesrat bereit, gegebenenfalls eine Revision der einschlägigen Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz (SR 661) in dem Sinne einzuleiten, dass versäumter Dienst erst beim Uebertritt in eine neue

Heeresklasse respektive bei der Entlassung aus der Armee oder einer allfälligen Nichteinteilungsverfügung (Dienstuntauglichkeit usw.) zur Ersatzpflicht führen würde?

Texte de l'interpellation du 2 mars 1988

En raison d'effectifs trop importants pour les écoles de recrues d'été, nombre de jeunes gens doivent faire leur école de recrues dans leur 21^{ème} année alors qu'ils étaient prêts à l'accomplir régulièrement dans leur 20^{ème} année. L'homme astreint au service militaire, qui rattrape son école de recrues à 21 ans au lieu de 20 ans – et qui doit peut-être encore faire son école de sous-officier durant 145 jours et payer ses galons de caporal – est confronté, peu après avoir accompli ses obligations militaires, à une décision de taxation pour le cours de répétition «manqué». Cette réglementation suscite une incompréhension croissante et débouche souvent sur des cas de rigueur.

Dans ce contexte, est-il nécessaire et opportun d'assujettir à la taxe militaire sous sa forme actuelle ceux qui ont du service à rattraper? Les énormes frais administratifs liés au recensement du service manqué, à la taxation, à la perception et à la restitution de la taxe au moment du rattrapage du service sont-ils justifiés? Ne pourrait-on pas trouver une solution plus simple?

La taxe militaire pour service manqué ne pourrait être perçue qu'au moment du passage dans une autre classe de l'armée, ou, le cas échéant, au moment de la libération des obligations militaires ou d'une éventuelle décision de non-incorporation à l'armée (inaptitude au service). Ainsi, ne seraient annoncés à l'autorité de taxation que les membres de l'armée qui n'ont pas accompli entièrement leur obligation de servir dans la classe de l'armée qu'ils quittent. Les coûts administratifs liés au traitement des cas de service manqué s'en trouveraient considérablement réduits. Avec ce modèle, le calcul de la taxe ne devrait plus forcément se baser, comme à l'heure actuelle, sur le revenu et d'autres modèles de calcul, les forfaits par exemple, seraient envisageables.

Les avantages de ce nouveau modèle garantiraient une solution simple, efficace et satisfaisante pour celui qui est astreint au service militaire ou assujetti à la taxe militaire. Les avantages du nouveau modèle devraient donc largement l'emporter sur les inconvénients.

A cet égard, je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral est-il prêt à examiner cette question et à comparer les avantages, désavantages et conséquences de la pratique actuelle avec ceux du modèle précédemment esquissé?
2. Le Conseil fédéral est-il prêt, le cas échéant, à entamer une révision des dispositions relatives à la loi fédérale sur la taxe d'exemption du service militaire (RS 661) afin que le service manqué ne soit assujetti à la taxe militaire qu'au moment du passage dans une autre classe de l'armée, de la libération des obligations militaires ou lors d'une éventuelle décision de non-incorporation à l'armée (inaptitude au service, etc.)?

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 20. Juni 1988

Rapport écrit du Conseil fédéral du 20 juin 1988

Das geltende Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz vom 12. Juni 1959 legt in Artikel 2 fest, dass Wehrpflichtige, die in einem Kalenderjahr (Ersatzjahr) während mehr als sechs Monaten nicht in einer Formation der Armee eingeteilt sind (darunter fallen die RS-Verschieber) oder als Dienstpflichtige den Militärdienst versäumen (z. B. WK-Versäumer, Auslandurlauber ...), ersatzpflichtig sind. Nach Artikel 1 der Militärorganisation beginnt die Wehrpflicht mit dem 20. Altersjahr; damit nimmt auch die Ersatzpflicht unter den hiervor erwähnten Voraussetzungen und in Verbin-

dung mit Artikel 2 MO grundsätzlich mit dem 20. Altersjahr ihren Anfang.

Dem Wehrpflichtigen wird in der Regel die Möglichkeit geboten, seine Rekrutenausbildung im 20. Altersjahr in einer Frühjahrs- oder Sommer-RS zu bestehen. Kann er nun einem Aufgebot zur Frühjahrs-RS aus Gründen, die in seiner Person liegen (z. B. Ausbildungsabschluss), keine Folge leisten, so kann er auch keinen Anspruch geltend machen, in die Sommer-RS des gleichen Jahres aufgeboten zu werden, wenn dies aus Platz- und Bestandesgründen nicht möglich ist. Die Ursache für diesen Umstand und damit auch für die sich daraus ergebende Ersatzpflicht liegt in diesen Fällen beim Wehrpflichtigen.

Auf dem Weisungsweg hat die Eidgenössische Steuerverwaltung als Aufsichtsbehörde festgehalten, dass mit der Veranlagung wegen Nichteingeteiltseins in einer Formation der Armee aufgrund der Nichtleistung der Rekrutenschule im 20. Altersjahr mindestens ein Jahr zuzuwarten ist. Wird die RS im 21. Altersjahr nachgeholt, so entfällt die Ersatzpflicht für das 20. Altersjahr. In dem Falle wird der Wehrmann jedoch wegen Versäumnis des Wiederholungskurses des 21. Altersjahrs ersatzpflichtig und ist zu veranlagern, sofern er nicht zusätzlich zur RS-Nachholung im 21. Altersjahr die Hälfte der Diensttage leistet, welche Dienstpflichtige gleicher Einteilung, gleichen Grades, gleicher Funktion und gleichen Alters leisten müssen. Mit dieser Weisung wird u. a. eine administrative Vereinfachung erreicht: Anstelle dreier Verfahren (Veranlagung für das 20. Altersjahr, Rückerstattung wegen RS-Nachholung, Veranlagung wegen WK-Versäumnis) wird nur noch eines durchgeführt.

Allerdings ist dem Interpellanten Recht zu geben, dass es unbefriedigend ist, dass derjenige RS-Verschieber, der im 22. Altersjahr die Unteroffiziersschule und das Abverdienen des Kpl-Grades besteht und somit 145 Diensttage leistet, im gleichen Jahr mit einer Veranlagungsverfügung konfrontiert wird. Eine allfällige Verschiebung der Veranlagung auf ein späteres Jahr für diesen Unteroffizier wird deshalb im Rahmen des geltenden Rechts von der Verwaltung geprüft.

Das vom Interpellanten vorgeschlagene Modell ist etwas stark auf denjenigen Wehrpflichtigen ausgerichtet, der aus den bereits erwähnten Gründen seine Rekrutenschule erst im 21. Altersjahr absolviert. Es gilt nämlich zu bedenken, dass WK-Versäumnisse auch zu einem späteren Zeitpunkt im Verlaufe der Dienstpflicht erfolgen können. Diese gleichgelagerten Fälle sollten auch ersatzrechtlich weiterhin möglichst identisch behandelt werden.

Bedenken sind ferner in bezug auf eine Pauschale anzumelden. Der Militärflichtersatz entspringt ja bekanntlich dem Bestreben nach Opferausgleich, weshalb die Abgabe nach den finanziellen Verhältnissen bemessen wird. Eine Pauschale würde diesem Gedanken kaum Rechnung tragen. Das heutige System hat zudem den Vorteil, dass es bei der Veranlagung auf die finanzielle Situation beim Dienstversäumnis abstellt und gleichzeitig auch bereits erfüllte Diensttage als Ermässigung bei der Abgabefestsetzung berücksichtigt. Ferner liesse sich mit dem Gedanken der Gleichbehandlung aller Ersatzpflichtigen nur schwerlich vereinbaren, eine bestimmte Kategorie von ihnen versäumte Dienstleistungen mit einem Pauschalbetrag abgelten zu lassen. Dennoch sei dem Interpellanten versichert, dass seine sämtlichen Einwendungen im Rahmen einer späteren Gesetzesrevision zu prüfen sein werden.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

88.371

Interpellation Wyss Paul

Behandlung von Flug- und Schiffspassagieren aus Efta-Ländern in EG-Ländern

Aéroports et ports maritimes de la CE. Traitement à l'égard des ressortissants de l'AELE

Wortlaut der Interpellation vom 10. März 1988

Auf gewissen Flug- und Seehäfen der EG wird Reisenden aus europäischen Ländern, die nicht der EG angehören, die Abfertigung an den EG-Schaltern verweigert. In der Unterscheidung zwischen EG-Europäern und Nicht-EG-Europäern wird damit beim Grenzübertritt ein Präjudiz geschaffen, welches meines Erachtens dem sonst guten Verhältnis zwischen EG- und Efta-Partnern zuwiderläuft. Bei den laufenden Verhandlungen mit den EG-Behörden sollte seitens der Efta darauf hingewirkt werden, dass vonseiten der EG nicht unnatürliche Hürden innerhalb Europas errichtet werden. Möglicherweise hat aber die von den EG-Behörden ergriffene ungleiche Behandlung auch tiefere Gründe, z. B. mit der Zielsetzung einer «EG der Bürger».

Ich bitte deshalb den Bundesrat um Beantwortung folgender zwei Fragen:

1. Ist der Bundesrat bereit, unter Koordination mit den Efta-Mitgliedstaaten in Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen der EG darauf hinzuwirken, dass Bürger von Efta-Ländern bei Grenzübertritten, insbesondere auf Flug- und Seehäfen der EG, den Bürgern von EG-Ländern gleichgestellt werden?
2. Welche Auswirkungen auf die Schweiz erwartet der Bundesrat von den Bemühungen um eine «EG der Bürger», und wie gedenkt er diesen zu begegnen?

Texte de l'interpellation du 10 mars 1988

Dans certains aéroports et ports maritimes de la Communauté européenne, les voyageurs provenant de pays non-membres de la CE doivent accomplir les formalités douanières séparément. Cette distinction entre Européens communautaires et non communautaires crée un préjudice contraire selon moi aux relations, par ailleurs bonnes, entre la CE et l'AELE. Aussi les négociations actuelles de l'AELE avec les responsables de la CE devraient notamment servir à obtenir que soient supprimées les barrières inutiles entre les divers pays européens. A moins que l'inégalité de traitement décidée par la CE n'ait des motifs plus profonds, par exemple la création d'une classe de «citoyens de la Communauté».

Le Conseil fédéral est prié de répondre par écrit aux deux questions suivantes:

1. Est-il prêt à oeuvrer de concert avec les autres Etats-membres de l'AELE lors des négociations de cette organisation avec les organes compétents de la CE, pour faire en sorte que les citoyens des pays membres de l'AELE soient mis, notamment lors du passage de la douane dans les aéroports et ports maritimes, sur un pied d'égalité avec les ressortissants des pays membres de la CE?
2. Quels seront, selon le gouvernement, les effets sur la Suisse des efforts en vue de la création d'une «citoyenneté communautaire» et comment entend-il y parer?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Allenspach, Aregger, Aubry, Auer, Baggi, Basler, Bäumlins Ursula, Berger, Biel, Bircher, Blatter, Blocher, Bonny, Bremi, Bühler, Bundi, Burckhardt, Büttiker, Cavadini, Cevey, Cincera, Cotti, Coutau, Déglise, Dietrich, Dormann, Ducret, Dünki, Eggenberg-Thun, Eggly, Eisenring, Eppenberger Susi, Etique, Fäh, Fankhauser, Fehr, Feigenwinter, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici, Früh, Graf, Grassi,

Interpellation Graf Ersatzpflicht für Dienstversäumer

Interpellation Graf Taxe militaire pour service manqué

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.324
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1498-1499
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 766

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.